



**Stoppt den
Waffenhandel!**

Frage des Monats

Gruppen der Aktion Aufschrei – Stoppt den Waffenhandel! wenden sich an ParteivertreterInnen und Bundestagsabgeordnete, damit sich diese für ein Verbot von Rüstungsexporten einsetzen. Die pax christi Gruppe Münster hat dazu die "Frage des Monats" entwickelt. Dabei legt sie den Politikern des Wahlkreises jeden Monat eine Frage Thema zum Waffenhandel vor.

Frage des Monats April 2013

In der letzten Woche haben die UNO-Staaten mit überwältigender Mehrheit ein Waffenhandelsabkommen verabschiedet, das Waffenlieferungen verbietet, wenn diese "zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beitragen" (Zitat: Amnesty International).

Wir meinen: Dieser Beschluss ist ein Erfolg, vor allem nach der Blockadepolitik von Iran, Nordkorea und Syrien. Aber die Breite seiner Interpretationsmöglichkeiten wird konkrete Restriktionen des Waffenhandels massiv erschweren.

Wir fragen Sie: Wie kommentieren Sie den Beschluss? Welche Chancen, welche Probleme sehen Sie für die deutsche Politik?

Es antworteten

- Marc Würfel-Elberg, CDU
- Christoph Strässer, SPD

Für die CDU antwortete Marc Würfel-Elberg, AK Außen-, Sicherheitspolitik & Europa

Wir begrüßen den Beschluss und hoffen auf eine baldige Ratifizierung durch die Unterzeichnerstaaten, damit der Vertrag auch in Kraft treten kann. Für Deutschland ergibt sich hinsichtlich der geforderten Rüstungsexportrichtlinien wenig Handlungsbedarf. Erheblicher Handlungsbedarf besteht hingegen bei der Verbesserung der Kooperation beim Transfer durch andere Länder und hinsichtlich der Endnutzung. Dabei kommt der Verifikation besondere Bedeutung zu. Deutschland hat seit Jahrzehnten (im Rahmen der Umsetzung der KSE-Verträge) viel Erfahrung in diesem Bereich gesammelt und kann dabei auch anderen Staaten Hilfestellungen geben, ihren mit dem neuen Vertrag wohl entstehenden Verifikationsaufgaben besser nachzukommen.

Für die SPD antwortete Christoph Strässer, MdB, Sprecher für Menschenrechte und humanitäre Hilfe im Deutschen Bundestag

Auch ich bin der Meinung, dass dieser Beschluss ein Erfolg ist. Denn es ist von äußerster Wichtigkeit, dass Waffenlieferungen in Regionen verboten werden, wenn diese zu Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen beitragen könnten. Allerdings zeigt der Beschluss nur dann Wirkung, wenn die Staaten sich auch an ihre eigenen Vorgaben halten. Und hier gibt es viel Nachholbedarf.

Zudem bin ich grundsätzlich für eine strengere Kontrolle von Waffenlieferungen. Es ist in der Praxis nämlich schwierig abzusehen, ob ein Land wirklich langfristig so stabil ist, dass die



dorthin gelieferten Waffen in Zukunft nicht doch für menschenrechtswidrige Verbrechen missbraucht werden könnten. Ganz abgesehen davon, dass die Anwesenheit von Waffen im Allgemeinen die Hemmschwelle zu ihrer Benutzung senkt. Auch wenn man wie ich die Konzepte der Responsibility to protect und auch Blauhelmandate der VN in Ausnahmefällen als legitim ansieht, heißt dies noch lange nicht, dass unkontrollierter Waffenhandel stattfinden darf – im Gegenteil.